

Le Monde 24. 05. 07

Die Rückkehr der alten Dämonen in der Türkei

Die Ausflüchte der EU überlassen den religiösen Konservativen und den Nationalisten die öffentliche Konfrontation: auf Kosten demokratischer Strömungen

Von

Alain Bockel (Dozent, Galatasaray, Orleans)

Ariane Bonzon (Journalistin)

Für vergangen hatte man diese Zeiten gehalten. Aber in der Türkei hat sich der Lärm der Militärstiefel zurückgemeldet. Die Armee würde es sich nehmen lassen zu intervenieren, wenn die Situation es ihr geboten erscheinen lässt, teilte am 27. April eines ihrer Kommuniqués mit: eine deutlicher Dämpfer aller seit 1999 unternommenen Anstrengungen die Türkei an Europa anzunähern.

Seit 1999 spielte Brüssel sowohl die Rolle der Energiequelle als auch die der Entwicklungsorientierung für eine Türkei, die mit den Dämonen von gestern brechen wollte. Ein Art Konsens schien das Land zu beruhigen, dass von jetzt an die europäische Union und nicht die Armee über den inneren Frieden des Landes wachen würde, das sie es sein würde, die die Laizisten gegen islamistische Auswüchse und ebenso die Religiösen gegen eine Militärintervention schützen würde.

Die politischen Parteien, zunächst die Laizisten, dann die islamische Partei, seit November 2002 an der Macht, begannen sich aus der Militäroberaufsicht zu lösen und den Rechtsstaat auszubauen. Der e-mail Putsch (das Kommuniqué wurde im Internet veröffentlicht) hat den Europa-Begeisterten Türken aber auch Europa gezeigt, dass sie sich umsonst bemüht haben. Auf das, was in der Türkei passiert, haben sie keinen großen Einfluss. Der alte Ungeist hat sich zurückgemeldet.

Und zwar so: die Drohungen des Militärs führt auf das alte Übereinkommen zurück: der erste Imperativ soll wieder der Respekt vor den kemalistischen Prinzipien werden: die „Laizität“, aber auch und ganz besonders der Nationalismus, ein einseitiger und herrschsüchtiger Nationalismus, dem alles Andere untergeordnet werden muss. Die Epoche der Zivilisierung ist zu Ende: die Armee übernimmt wieder die Rolle der Oberaufsicht.

Wenn es erforderlich ist und ihr Kommuniqué trifft den Nagel auf den Kopf, wenn es den berühmten kemalistischen Slogan zitiert: „Ne mutlu Türküm diyene“ (Wie glücklich ist der, der sich Türke nennen darf), eine Parole, die die Doppelbedeutung des Nationalismus, zu vereinen und ethnisch auszuschließen. Hier wird mit einem Nationalismus operiert, der rassistischer ist als der, der der Gründung der türkische Republik zugrunde lag, ein Nationalismus, der sich vor allem gegen den Westen richtet. Die Aktionen der jüngsten Zeit, die -- mit den Morden (an liberalen Richtern, die das Kopftuchverbot lockern wollten), an Christen und an dem armenischen Publizisten Hrant Dink -- ihre blutige Spur durch das Land zogen, sind der Ausdruck des Anwachsens eines unbelehrbaren und starren Nationalismus. Die Erklärungen des Militärs machen sich diesen „Neo-Nationalismus“ zunutze.

Und so ist die europäische Garantie unwirksam geworden, weil man sich auf sie nicht mehr verlassen kann. Bestätigt wird dieser Umschwung durch den Zusammenbruch des pro-europäischen Gefühls in der öffentlichen Meinung. Unsere Ausflüchte und die unserer prinzipiellen Mitgliedsländer haben dazu geführt, dass eine Erwartung entmutigt wurde, die sehr stark war. Jetzt aber verbreitet sich die Meinung, dass die Türkei ihren Weg in (für /aus) sich selber finden muss.

Das Ende des europäischen Traumes

Nun geht es um die Wiederkehr der Extremisten aller Schattierungen: auf der einen Seite die „Islamisten“, die „Neo-Nationalisten“, ebenso wie die Partisanen der kurdischen Autonomie. Diese Gruppen ziehen Energie aus den Beunruhigung und dem Misstrauen der Bevölkerung . Ihr Einfluss hatte sich abgeschwächt mit dem Aufkommen der verbreiteten und populären Hoffnung in die Europäische Union einzutreten. Das Vergehen des „europäischen Traums“ führte die Menschen wieder auf die Erde und das Herannahen der Parlamentswahlen erinnerte die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) daran, dass sie ihrem konservativen und religiösen Wählerreservoir verpflichtet ist und dieses mobilisieren muss.

Was das Lager der West-Orientierten angeht, so sieht es eine verborgene Agenda der religiös orientierten Parteien wiederauftauchen. Es hat nie wirklich an die demokratische Ernsthaftigkeit dieser Parteien geglaubt, deren Unterschied in der Sprache, es ist wahr, Anlass zu Zweideutigkeiten gibt, und so wächst seine Beunruhigung. Die Armee bzw. ihre Führungsspitze, befreit von ihrer europäischen Bremse, macht sich auch hier zum Verstärker und warnt. Es ist dieser Boden, auf dem die extremistischen Bewegungen gedeihen werden, und Gefühle, Hoffnungen und Ängste instrumentalisieren werden.

Die Wahlen des Präsidenten der Republik werden diese Spannungen zu Tage fördern. Die Kemalisten konnten nicht zugestehen, dass das Amt des Präsident ans gegnerische Lager geht. Es ist tatsächlich eine Art Riegel: die Wahl von Abdullah Gül, der von der AKP präsentierte Kandidat würde bedeuten, dieser Partei, die man als eine islamistische Partei darstellt, den Staat zu überlassen. Das aber wäre für die, die sich als legitime Inhaber der Staatsmacht ansehen, unvorstellbar.

Man muss sie daher, koste was es wolle, daran hindern. Und man tut es, um den Preis, dass manche schon von einem Verfassungs-Staatsstreich sprechen: die Armee schaltet sich ein, die Strasse wurde mobilisiert und das Verfassungsgericht hat das ganze Manöver für rechtens erklärt. Das war vielleicht alles nötig, um eine Spannung abklingen zu lassen, die sich auf gefährliche Weise steigerte. Aber hat man so nicht auch schlafende Hunde /Geister geweckt ? Die Türkei muss sich nun auf eine langen Wahlprozedur mit ungewissem Ausgang einlassen. Die vorgezogenen Parlamentswahlen Ende Juli, ohne Zweifel verdoppelt durch ein Referendum zur Wahl des Präsidenten, bei dem sich die beiden Lager gegenüber treten werden. Logisch gesehen kann an seinem Ende nur die eigentliche Präsidentenwahl als Direktwahl durch das Volk stehen.

Wenn, wie einige Umfragen bestätigen, die AKP alle diese Etappen als Sieger übersteht, wird dieser Sieg demokratisch legitimiert sein. Es ist schwer vorstellbar, dass dieser unerbittliche Prozess der legalen Machtübergabe ohne Zusammenstöße ablaufen wird.

Dieses Drama aber ist ein Klein-Asiatisches, welches uns Europäer nicht betrifft, oder etwas doch nicht ?

Übersetzung aus dem Französischen: W. K.